

Borkum: FDP-Spitze trifft FDP-Sprecher Ernst Burgbacher

Gespräch mit dem tourismuspolitischen Sprecher der FDP-Fraktion

BORKUM/CAROLINENSIEL

Kurz nach seiner Kritik an den auf die Ferienregelung bezogenen Äußerungen der FDP-Bundestagsabgeordneten Kopp nutzte der Borkumer Ortsverbandsvorsitzende Fokke Schmidt jr., gemeinsam mit seinem Stellvertreter Harald C. Sürken, die Chance, den tourismuspolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Ernst Burgbacher, in Carolinensiel zu treffen.

Auf Einladung des Landtagsabgeordneten Roland Riese nahmen die beiden an einer Diskussionsrunde zum Thema „Bedeutung des Tourismus für die Küste“ statt, in deren Verlauf Burgbacher ausführlich zu den Problemen der deutschen Tourismusregionen Stellung nahm.

Laut Burgbacher wurde die Äußerung seiner Kollegin Kopp missverstanden. Sie habe keineswegs entgegen dem Ziel der FDP vorgeschlagen, die Ferien zu verkürzen. Ihr Vorschlag beruhe vielmehr auf der Vorstellung, dass während der Ferienzeit die Schulen nur vier Wochen geschlossen sein sollten, um in

den übrigen Wochen für ortsansässige Schüler Freizeitbeschäftigungen anzubieten. Burgbacher bedauerte die Missverständnisse und erklärte, dass die Entzerrung der Sommerferien ein klares Ziel der Freien Demokraten bleibe. „Es ist ein Unding, was die Kultusminister da verbochen haben“, so der Abgeordnete wörtlich.

Auf die Frage, wieweit die Bemühungen um die Lockerung der 3-Monats-Regelung für ausländische Saisonkräfte aus nicht EU-Staaten fortgeschritten seien, erläuterte er, dass er zwar für den von ihm gestellten Antrag durchaus auch mit Unterstützung einiger Koalitionsabgeordneter rechnen könne, der zuständige Innenminister Otto Schily (SPD) aber nicht zu Änderungen bereit sei, solange das Zuwanderungsgesetz nicht wie vorgelegt durch den Bundesrat komme.

Weiter forderte Burgbacher, auch in Deutschland den Mehrwertsteuersatz für touristische und gastronomische Betriebe endlich zu senken, um europaweit wettbewerbs-

fähig zu bleiben. Es könne nicht angehen, dass der Schweizer Gastronom nur drei Prozent, der Franzose nur fünf Prozent und der Niederländer nur 5,5 Prozent Mehrwertsteuer zahle, während den deutschen Gastwirten und Hoteliers nach wie vor 16 Prozent abgenommen würden.

„Die Senkung der Mehrwertsteuer für touristische- und gastronomische, personalintensive Betriebe bleibt ein zentrales Ziel der liberalen Tourismus Politik“, versprach Burgbacher.

Als „erschreckend“ bezeichnete er die Entwicklung, dass Auszubildende in der Gastronomie häufig nur noch angenommen würden, wenn sie Abitur hätten. Der Abgeordnete erläuterte, dass diese Tendenz nichts mit Bildung zu tun hätte, sondern damit, dass man sich dann darauf verlassen könne, dass die Bewerber 18 Jahre alt seien und auch nach 22 Uhr, wenn in vielen Restaurants und Hotels noch Hochbetrieb herrsche, arbeiten dürften.

Bewerber unter 18 Jahren würden kaum noch angenom-

men oder erstmal im BGJ oder ähnlichen Einrichtungen geparkt. Burgbacher fordert Änderungen im Jugendarbeitsschutzgesetz: „Die 17-jährigen können heute bis früh in den Morgen in Diskotheken feiern. Dann kann ihnen auch zugemutet werden, bis 24 Uhr etwas zu tun“, so der Abgeordnete aus Baden-Württemberg.

Abschließend beklagte er die mangelnde Vermarktung der deutschen Tourismusregionen im Ausland, was der DEHOGA-Vorsitzende Hermann Kröger eindrucksvoll belegen konnte: „Der deutsche Tourist trägt jedes Jahr 87 Milliarden Euro ins Ausland, der ausländische Tourist bringt hingegen nur 18 Milliarden Euro in die Bundesrepublik.“ Mit der Differenz könne man den Bundeshaushalt ausgleichen.